

«Das Beste an der Schweiz sind die SBB und die AHV»

Paul Rechsteiner hat als Doyen in Bundesbern den Wandel der Zeit miterlebt wie kein Zweiter. Nach 36 Jahren tritt er nun nach der Wintersession zurück.

Ein Rückblick. Interview: Pia Wildberger

Du hast mehr als die Hälfte deines Lebens im Parlament Entscheidungen beeinflusst. Wo hast du wirklich etwas bewegen können?

Paul Rechsteiner: Das ist immer wieder gelungen. In den frühen Jahren ging beispielsweise der Beitritt zu den Uno-Menschenrechtspakten auf einen Vorstoss von mir zurück. Auch die definitive Abschaffung der Todesstrafe. Mit dem Durchbruch auf die Fichen konnten wir ein Stück Freiheit gegen den Überwachungsstaat realisieren. Bei den nachrichtenlosen Vermögen, als die Schweizer Banken von den USA und dem World Jewish Congress kritisiert wurden, konnten wir eine unabhängige Expertenkommission durchsetzen, die Bergier-Kommission. Das war ein weltweit einzigartiges Vorgehen. Zu den grossen Erfolgen gehört auch das Nein zur Strommarktliberalisierung 2002. Sie sollte umgesetzt werden, obwohl sie bereits in den USA eine Riesenpleite war.

Was würdest als deinen grössten Erfolg bezeichnen?

Den Durchbruch für die Personenfreizügigkeit mit flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne. Dank einer klaren gewerkschaftlichen Haltung gelang es mit Unterstützung der SP, trotz der damaligen Liberalisierungswelle, ein völlig neues System zum Schutz der Löhne einzurichten. Mit Lohnkontrollen und der Möglichkeit, Mindestlöhne festzulegen – früher unvorstellbar. Gleichzeitig starteten wir eine Kampagne

gegen Elendslöhne: Zuerst «Keine Löhne unter 3000 Franken», später «Keine Löhne unter 4000 Franken». Damit konnten wir in der Schweiz soziale Fortschritte erreichen, auch im Vergleich zum übrigen Europa. Dort wurde eine Tieflohnpolitik gepredigt, am schlimmsten im Schröder-Deutschland mit der Harz-IV-Verelendung. Wir machten das Gegenteil. Bei uns stiegen die tiefen Löhne überproportional.

Und die Niederlagen?

Die schmerzhafteste Niederlage war das knappe Nein zur Altersvorsorge 2020, die ich stark mitgeprägt hatte, und damit zur ersten Rentenverbesserung bei der AHV seit Jahrzehnten. Nun haben wir auch am 25. September sehr knapp verloren, gegen fast alle Medien und gegen die Umfrageinstitute, die eine zweifelhafte Rolle bei der Meinungsbildung spielen. Das Resultat ist unter den schlechten Ergebnissen das Bestmögliche. Eine weitere Erhöhung des Rentenalters ist für die kommenden Jahre vom Tisch. Die SP blieb mit dem Nein bei den Leuten mit tieferen Einkommen und bei den Frauen glaubwürdig. Das Abstimmungsergebnis eröffnet auch Perspektiven. Jetzt muss man über die Rentenhöhe reden, zuerst über die 13. Monatsrente. Da auch die Mitte Rentenverbesserungen will, entstehen neue Möglichkeiten. Ein Signal ist auch der Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten, den wir zusammen mit der Mitte in der letzten Session durchbrachten.

Die AHV-Niederlage ist dennoch eine bittere Pille.

Die AHV wurde von den Medien systematisch schlecht geschrieben, obschon sie die Basis der Altersvorsorge und solid finanziert ist. Bei der AHV wurde die Bevölkerung gehirnwäscheartig für dumm verkauft. Bis zu einem Einkommen von 120 000 Franken ist die AHV heute wichtiger als die Pensionskasse. Die Finanzierung mit der nach oben unbeschränkten Beitragspflicht ist genial. Es ist eine historische Aufgabe der Sozialdemokratie, diesen Kampf offensiv anzugehen, im Wissen darum, dass wir Gegenwind haben. Aber wir sind glaubwürdig und bei den Leuten.

Wie soll sich die SP positionieren?

Die SP muss auch in Zukunft ihre Aufgaben als soziale Kraft wahrnehmen und mit den Gewerkschaften für bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Renten kämpfen. Die Sozialdemokratie ist in vielen Ländern in einer dramatischen Situation. Wenn die SP keine soziale Kraft mehr ist, dann ist die Sozialdemokratie ideell, aber auch real, in der Glaubwürdigkeit erledigt. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften garantiert die soziale Orientierung.

Aber wir müssen uns auch dafür einsetzen, unser massives Demokratieproblem zu lösen. In der Schweiz haben über zwei Millionen Leute kein Stimm- und Wahlrecht, weil sie keinen Schweizer Pass haben. Das ist so, wie wenn die ganze Romandie nicht abstimmen könnte. Die Schweiz ist wirtschaftlich

→ Fortsetzung von Seite 13

und gesellschaftlich in der Integration sehr erfolgreich, wir haben keine Ghettos. Aber politisch hinken wir hinterher.

Die SP gibt sich eine neue Europa-Politik. Wie stehst du zur EU?

Auf dem Hintergrund der europäischen Geschichte ist die EU ein Erfolgsprojekt. Ein Problem ist seit den Nuller-Jahren die neoliberale Politik und die Zerschlagung des Service public. Da wurde Politik gegen die Interessen der Bevölkerung gemacht. Zum Besten der Schweiz gehören die AHV und die SBB. Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie verbunden mit den Gewerkschaften, kann diese Errungenschaften verteidigen? Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften ist für eine gelingende europäische Orientierung auch das Erfolgsrezept.

Wie siehst du den Wandel der Zeit seit deiner ersten Wahl?

1986 schrieben wir mit Schreibmaschine. Die technologische Veränderung seither ist gewaltig. Gesellschaftlich hat sich vieles zum Guten gewendet, man denke nur an das alte Eherecht, das damals noch galt. Und es gab weder Internet noch soziale Medien. Sie ersetzen jedoch den persönlichen Kontakt nicht. Man muss bei Unterschriftensammlungen und Abstimmungen auf die Strasse stehen. Dann bekommt man viel mehr über Stimmungen und Probleme der Leute mit, als wenn man sich in den sozialen Medien bewegt.

Was rätst du Neugewählten – wie macht man sich in Bern unentbehrlich und schafft die Wiederwahl?

Entscheidend sind Dossierkenntnis und Handwerk. Man muss auch andere Meinungen anhören und mit den Leuten reden. In der politischen Grundhaltung sollte man klar sein und sich an den grossen Zielen und Fragen orientieren.

Du warst mehr als die Hälfte deines Lebens Parlamentarier. Tut dir der Rücktritt nicht leid?

Man muss wissen, wann man etwas beginnen und wann man aufhören soll. Mein Rücktritt hat mit der anspruchsvollen St. Galler Konstellation zu tun und den Vorteilen einer Einer-Vakanz. Mit Barbara Gysi kandidiert eine erfahrene, profilierte Politikerin, das politische Gesicht der erfolgreichen Pflege-Initiative.

Du kehrst das Private nicht nach aussen. Dennoch die Frage: Was machst du nach dem Rücktritt?

Ich werde nach wie vor im Teilpensum als Anwalt im Arbeits- und Strafrecht. Und bleibe politisch interessiert, auch als Präsident der Paul Grüniger-Stiftung.



Von einem Veloparadies wie in Kopenhagen wird man in der Schweiz weiterhin träumen müssen. Doch direkter, sicherer und schneller werden die Wege auch hierzulande werden.

VOLLGAS VELO!

Die SP muss nun Druck erzeugen

Nächstes Jahr tritt endlich das Veloweggesetz in Kraft. Damit den Paragraphen rasch Taten folgen, müssen wir nun in den Gemeinden und Kantonen Vorstösse einreichen.



Matthias Aebischer,
Nationalrat und Präsident
von Pro Velo Schweiz

Der Bundesrat hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, bis 2030 den Treibhausgas-Ausstoss im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Im Jahre 2050 will der Bundesrat gar Netto-Null erreichen. Selbstverständlich begrüsst die SP diese ehrgeizigen Ziele. Sie lassen sich jedoch nur erreichen, wenn wir unser Verhalten gerade auch beim Individualverkehr drastisch ändern.

In der Schweiz geben bloss acht Prozent der Bevölkerung an, dass sie das Velo regelmässig benutzen. In den Niederlanden hingegen sind es 36 Prozent. Will die Schweiz ihre Klimaziele erreichen, müssen wir die Leute zum Umsteigen bewegen – unter anderem aufs Velo.

Mit dem neuen Veloweggesetz, das am 1. Januar 2023 in Kraft tritt, haben wir dafür endlich eine gesetzliche Grundlage. Gemeinden und Kantone sind dann verpflichtet, durchgehende Velowegnetze zu planen. Für die Planung haben sie fünf Jahre Zeit, für die Realisierung weitere fünfzehn Jahre.

Schleppende Umsetzung

Damit es nicht so lange dauert, sind wir als SP auf allen Ebenen gefordert. Auch wenn einige Gemeinden die Planung und die Realisierung einer sicheren Veloinfra-

struktur schon umgesetzt haben, geht es nun darum, weiterhin Druck zu erzeugen. Vorstösse auf kommunaler und kantonaler Ebene erhöhen das Tempo.

Die Gemeinden und die Kantone müssen für die Planung und für die Realisierung des Velowegnetzes die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. Denn der Bund bezahlt über die Agglomerationsfonds maximal die Hälfte an solche Projekte. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Gemeinden und Kantone aus Kostengründen die bereitgestellten Bundesgelderviel-fach nicht abholen. Ab nächstem Jahr können sie das nicht mehr tun. Es ist auch an unserer Partei, sichere Velowege, Velostrassen, Sharing-Projekte und Abstellanlagen einzufordern.

Wie seinerzeit die Fusswege

Beim Fusswegnetz haben wir das in den vergangenen 40 Jahren bereits getan. 1977 trat das Fusswegnetz in Kraft und seither hat jede Gemeinde – oft auf Druck der lokalen SP-Vertreter:innen – einen Fusswegnetz-Plan erstellt. Die Fusswege sind heute durchgängig, direkt und sicherer als früher. Genau das muss mit den Velowegen auch passieren.

Die Hälfte der Wege, für welche die Leute hierzulande ins Auto steigen, sind kürzer als fünf Kilometer. Unter anderem für diese Strecken müssen wir die Leute aufs Velo bringen. Damit wir das schaffen, braucht es für alle Altersgruppen sichere und attraktive Velowege. Nur so können wir die Anzahl Velofahrer:innen erhöhen und mithelfen, die Klimaziele zu erreichen. Bleiben wir dran.